

Die Entwertung Deutschlands ein Beispiel für andere Nationen.

Berlin, 22. Dez. Die die Abendblätter melden, teilte im Oberhaus Lord Cecil auf eine Anfrage im Namen der Regierung mit, daß das Abstraktionskomitee des Völkerbundes sich etwa am 15. Februar versammeln werde. Es sei nicht zu leugnen, daß einer Abstraktionskonferenz noch sehr große Schwierigkeiten im Wege ständen. Wenn aber die europäischen Völker zur Abstraktion entschlossen seien, so werde es auch möglich sein, die Schwierigkeiten zu überwinden. Lord Parmoor gab der Ansicht Ausdruck, daß es zweifellos für die Dauer unhaltbar sei, bei dem jetzigen Zustand zu verharren. Die Entwertung Deutschlands sei als gutes Beispiel für die übrigen Nationen beabsichtigt gewesen. Solange ein Staat vollständig entwaffnet zwischen schwer bewaffneten Mächten lebe, könne von Sicherheit und dauerndem Frieden keine Rede sein.

Tschischewin über die wirtschaftlichen Aussichten Deutschlands in Rußland.

Berlin, 22. Dez. Der russische Volkskommissar des Äußeren Tschischewin hat sich gegenüber einem Mitarbeiter der „Industrie- und Handelszeitung“ über die Gestaltung der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen folgendermaßen geäußert: Nachdem unser Handelsvertrag mit Deutschland endgültig rechtskräftig geworden ist, werden wir ihn in eine lebende Wirklichkeit umwandeln müssen. Die Perspektiven, die sich dabei vor unseren Augen öffnen, sind außerordentlich verheißungsvoll. Die Periode, wo wir inmitten der durch die Intervention verursachten Ruinen mit den größten Anstrengungen die allerersten Elemente des Wiederaufbaues zusammenbrachten, ist vorbei. Schnell blühen unsere Lebenskräfte wieder auf. Das in der Natur der Dinge liegende Verhältnis Deutschlands zu der Sowjetunion, die wirtschaftlich aufeinander angewiesen sind, muß jetzt mit voller Macht jutage treten. Der gesamte wirtschaftliche Organismus der Sowjetunion strebt unauffällig zum technischen Fortschritt. Tschischewin glaubt, daß durch die Schaffung einer eigenen russischen Industrie der deutschen Maschinenindustrie keine Gefahr drohe, denn jedes Dorf, auch das entlegenste, sucht sich die allerneuesten technischen Mittel anzueignen. Der Absatzmarkt der sich für Deutschland in der Sowjetunion immer mehr öffnet, die Beschäftigungsmöglichkeiten für deutsches technisches Wissen und Können und für jedes Unternehmertum, die sich bei uns mit jedem Tage mehr entwickeln werden, sind grenzenlos. Es ist töricht, zu glauben, daß die Verwandlung der Sowjetunion in einen Industriestaat die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland verhindern wird. Unser Territorium ist so groß, die dort verborgenen Naturkräfte sind so unzählbar, daß die Entwicklung der Industrieproduktion in der Sowjetunion immer neue Beschäftigungsmöglichkeiten für die deutsche Produktion eröffnen wird. Nach Tschischewins Meinung kann der 100 Millionen-Kredit wegen seiner Kurzfristigkeit nicht ausgenutzt werden. Auf der anderen Seite bedeutet für Rußland der Kredit alles. Als eine der bedeutendsten Aufgaben erscheint ihm die Frage der Organisation des Kreditwesens. Er hegt die feste Hoffnung, daß sie glücklich gelöst werde.

Notverordnung zum Grundvermögenssteuergesetz.

Berlin, 22. Dez. Der ständige Ausschuß des preussischen Landtages beschäftigte sich heute mit der von der Regierung vorgelegten Notverordnung zur Veränderung des Grundvermögenssteuergesetzes. Bekanntlich war am Freitag bei der namentlichen Abstimmung über das Gesetz Beschlußunfähigkeit des Hauses eingetreten, da ein Teil der Mitglieder keine Karten abgegeben hatte. Die Regierung hielt das Vorliegen der Voraussetzungen für die Regelung durch Notverordnung für gegeben. Die Deutschnationalen gaben vor Eintritt in die engere Beratung die Erklärung ab, daß nach ihrer Ansicht ein Notstand nicht vorliege. Die Steuer sei erst am 22. Januar fällig. Wenn der Landtag am 12. Januar wieder zusammentrete, dann sei noch Zeit genug, den Gegenstand im Wege des Gesetzes zu regeln. Finanzminister Dr. Höpfer-Wilshof erwiderte, daß die Steuer am 15. Januar fällig sei, und daß man, wenn die Regelung erst nach Wiederzusammentritt des Landtages erfolge, die notwendige Zeit für die Vorbereitung fehle, außerdem entfälle vom 1. Januar 1926 ab die Grundlage für die Erhebung. In der Beratung erklärte sich die Deutsche Volkspartei, während die Deutschnationalen den Saal verließen, gegen die Verordnung. Darauf wurde die Notverordnung ohne weitere Beratung nach den Beschlüssen der dritten Lesung angenommen.

Werden die „Vereinigten Staaten von Europa“ kommen?

Genf, 22. Dez. Die „Tribune de Geneve“ veröffentlicht Äußerungen von Mitgliedern des Völkerbundes, die das Blatt über das Problem der Vereinigten Staaten von Europa gefragt hat. Chamberlain ist in seiner Antwort, in der er kurz die Grundzüge der englischen Politik im Sinne der Verträge von Locarno darlegte, der Frage ausgewichen. Der Italiener Scialoja und der Belgier Dymans vertraten die Auffassung, daß eine Annäherung der europäischen Staaten auf der Grundlage von politischen und wirtschaftlichen Verträgen notwendig sei, doch glauben sie nicht an eine konstitutionelle gesamt-europäische Staatenbildung. Der Franzose Paul Boncourt und der Tscheche Dr. Benesch sind dagegen von dem künftigen Zusammenschluß Europas zu einem festen Bunde überzeugt, wenn man auch nicht sagen könne, wie und wann dies erfolgen werde.

Schwere Erkrankung des Kaisers von Japan.

Paris, 22. Dezember. Nach einer Meldung aus Tokio ist der Kaiser von Japan an einer Gehirnentzündung schwer erkrankt.

Abd el Krims Friedensbote in Paris.

Paris, 22. Dez. Hauptmann Gordon Cuning ist gestern in Marseille eingetroffen und wird heute in Paris sein. Trotz der offiziellen Erklärungen, die die Bedeutung seiner Mission einschränken sollen, besteht doch ein großes Interesse für den Sendboten Abd el Krims.

Der Korrespondent des „Matin“ ist dem Hauptmann Cuning bis Marseille entgegengefahren und hat das Beglaubigungsschreiben gesehen, das Abd el Krims seinem Voten mitgegeben hat. Es ist ein großes Blatt weißes Papier, ohne Stempel, aber mit der wohlbekanntesten eigenhändigen Unterschrift Abd el Krims. Das merkwürdige Dokument lautet in wortreicher Uebersetzung: „Amerikine bei Allah. Im Namen Gottes Barmherzigkeit Hob und Dank. Sie sollen durch diesen Brief wissen, daß Wir durch die Gnade Gottes dem Ueberbringer dazu bevollmächtigt, für Uns die Bedingungen entgegenzunehmen, welche Frankreich und Spanien im Juli angeboten haben und welche als eine Grundlage für die Verhandlung über den Frieden dienen können, damit Wir diese Bedingungen kennenlernen, sie prüfen und sie annehmen oder ablehnen können. Friede sei mit Euch. 16. Jonada 1344. Mohamed Ben Abd el Krims Khattabi.“

Durch diesen Brief ist eine neue Tatsache geschaffen. Der Führer des Rifs erklärt den Wunsch, den der frühere Ministerpräsident Painleve als Voraussetzung für jede Verhandlung bezeichnet hat, und bittet um die Mitteilung der von Frankreich und Spanien gemeinsam formulierten Friedensbedingungen. Jedoch sind seit der Formulierung dieser Bedingungen sechs Monate vergangen. Die militärische Lage in Marokko hat sich zugunsten Frankreichs verändert, und es entsteht die Frage, ob die Bedingungen des Sommers noch Gültigkeit haben sollen. Die neue französische Regierung scheint nicht die Absicht zu haben, dem Unterhändler seine Aufgabe leicht zu machen. Man läßt mitteilen, daß Abd el Krims nur deshalb den Frieden suche, weil er wisse, daß er im Frühjahr zur Unterwerfung gezwungen sein würde. Die Art, wie er die Mission seines Vertrauensmannes einleitete, gleiche mehr einem listigen Hinhalten als einem offenen Friedensangebot. Hauptmann Cuning ist aber außer mit der Uebersetzung seines Beglaubigungsschreibens auch noch mit weiteren Mitteilungen an die französische Regierung betraut. Er bringt die Grundlagen für den Frieden mit, die ihm der Bruder Abd el Krims diktiert hat, und er behauptet, daß auch dieses Diktat von Abd el Krims autorisiert worden sei. Die Bedingungen stimmen in großen Zügen mit den von Painleve früher aufgestellten Bedingungen überein.

Krisenerscheinungen in Jugoslawien.

Ugram, 20. Dezember.

Nach einem Zusammenstoß des Bauenministers Kumowitsch im Kabinetssitz mit dem Unterrichtsminister Raditsch ist die schlechteste Krise in der radikalischen Partei offenkundig geworden. Schon die serbisch-kroatische Verständigung wurde in der serbischen radikalischen Partei nicht einmütig beurteilt. Ministerpräsident Paschitsch entschloß sich zu dem Ausgleich mit seinem schärfsten Gegner Raditsch nur auf Drängen des Königs, der Gewaltmaßnahmen gegen die Kroaten als dauernde Einrichtung des südslawischen Staates ablehnte. Seither hat Paschitsch seine abwartende Stellung nicht verlassen. Ein Teil seiner engeren Parteifreunde hat nie ein Dösel daraus gemacht, daß sie mit der Verständigung mit Raditsch keineswegs einverstanden seien. Dafür aber gruppierte sich um den radikalischen Führer Juba Jowanowitsch eine starke serbisch-radikale Gruppe, die sich mit Leib und Seele für die Verständigungspolitik einsetzte. Es wird auch behauptet, daß der König die Ideen Jowanowitschs persönlich vollkommen teile. In der radikalischen Partei machen sich nun ganz offene Kräfte bemerkbar, die alle Hebel in Bewegung setzen, um im Schöße der radikalischen Partei die Paschitschgruppe vollständig einzukreisen. Es ist also nur ein Vorwand gegenüber der Öffentlichkeit, wenn man die Rücktrittsabsichten des Bauenministers auf seine Unstimmigkeiten mit Raditsch zurückführt. Es handelt sich vielmehr um eine Folge der Schwierigkeiten im radikalischen Klub.

Wie ernst es Juba Jowanowitsch in seinem Kampf gegen den großen Ministerpräsidenten ist, geht auch daraus hervor, daß er auf eigene Faust in Unterhandlungen mit dem Demokraten Davidowitsch und Watrowitsch eingetreten ist. Er will den rechten Flügel der Partei hinausdrängen und sich die Demokraten sichern, denen er den Eintritt in die Regierungskoalition mit den Radikalen und Raditschianern ebnen will. Es soll sogar bereits eine Ministerliste bestehen, der kein einziger Vertreter der engeren Paschitschgruppe angehört. Paschitsch ist bemüht, hinter den Kulissen wieder alle Fäden an sich zu ziehen, um sie an seinem Wehrstuhl zu verarbeiten, aber es ist nicht ausgeschlossen, daß Paschitsch aus der Regierung gedrängt wird, da man in weiten Kreisen des serbischen Volkes mit seiner andauernd zu wartenden Haltung nicht einverstanden ist und weil die Krone die Fortsetzung einer energischen und großzügigen Verständigungspolitik wünscht.

Von einem Rücktritt des Kabinetts Bratianu.

Bukarest, 19. Dezember.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so scheint das Ende des vielbekämpften Jovanowitsch-Regimes Bratianu bevorzustehen. Im königlichen Palais dauern die Empfänge der oppositionellen Politiker fort. Nach den Führern der Bauernpartei und der siebenbürgischen Nationalpartei hat der König auch den Führer der deutschen Partei in der Kammer, Dr. Otto Roth, empfangen, der dem König insbesondere seine Beschwerden gegen die Schulpolitik Bratianus überreichte. Der König behält dem Anlaß, um in anerkenntlichen Worten sich über die Haltung der Deutschen in Beharabien und im Banat auszusprechen.

Die Empfänge der Oppositionsführer werden allgemein als ein Vorzeichen für die bevorstehende Verabschiedung der Regierung Bratianu angesehen. Großes Aufsehen erregte die letzte große Rede des Generals Averescu, der die Regierung in offener Kammer zum Rücktritt aufforderte. Die ganze Opposi-

tion beteiligte sich an dem tosenden Beifall am Schluß seiner Rede. General Averescu, der als Vertrauensmann des Hofes gilt, rief: „Sie haben das Vertrauen des Landes längst verloren — treten Sie zurück!“

Ein Nachwort zu den österreichischen Bemühungen in Genf.

Bekanntlich sollte die internationale Finanzkontrolle, die der Völkerbund auf Grund des Staatsvertrages von 1922 über Oesterreich verhängt hat, mit Ende dieses Jahres automatisch außer Kraft treten. Nun hat schon im September der Völkerbundrat der österreichischen Regierung eine Reihe neuer Bedingungen auferlegt, an welche die Aufhebung bzw. Einschränkung der fremden Kontrolle geknüpft werden sollte. So wurde bestimmt, daß die österreichische Nationalbank noch auf weitere drei Jahre einen ausländischen Berater anerkennen müsse und außerdem sollte sich Oesterreich dazu verpflichten, binnen zehn Jahren einer Wiedereinführung der internationalen Kontrolle zuzustimmen, sollte die stabilisierte Schillingwährung wieder ins Wanken geraten oder sollte sich im Staatshaushalt das Gleichgewicht nicht mehr aufrechterhalten lassen.

Mit Rücksicht auf die parlamentarischen Kräfteverhältnisse im Nationalrat hat die Regierung Kamelechner von den Mehrheitsparteien eine Resolution beschließen lassen, welche diesen Wünschen gerecht wird. Die in Wien eingeholten Jurisprudenzurteile lauteten dahin, daß auch durch eine solche Entschlieung die nötige staatsrechtliche Bindung Oesterreichs gegeben sei. Das Beratergesetz konnte mit einfacher Mehrheit glatt erledigt werden. Um aber langwierigen Verhandlungen um eine Zweidrittelmehrheit für einen Staatsvertrag mit der Opposition aus dem Wege zu gehen, begnügte man sich in Bezug auf die Kontrollmöglichkeiten in den nächsten zehn Jahren mit der Resolution. Allerdings hat der Sprecher der sozialdemokratischen Opposition, Dr. Edo Bauer, während der Beratung über die Resolution im Nationalrat erklärt, seine Partei fühle sich durch eine derartige Resolution nicht staatsrechtlich verpflichtet, und die sozialdemokratische Partei würde, einmal zur Regierung gelangt, die Anerkennung der in der Entschlieung enthaltenen Bindungen verweigern, so gläubte Bundeskanzler Kamelechner diesen Weg beschreiten zu können, umso mehr als von Seiten des Generalkommissariats des Völkerbundes in Wien keinerlei Einspruch erhoben wurde.

In Genf haben nun am 4. Dezember die Beratungen über die österreichische Frage begonnen. Und während die österreichischen Delegierten sich bemühen, die Modalitäten über die Kontrolle in den nächsten Jahren festzusetzen und zu diesem Zweck den Obersten Rechnungshof als geeignetes Organ in Vorschlag brachten und während sie außerdem Verhandlungen wegen Verwendung der Kreditreste aus der Völkerbundanleihe in die Wege leiteten, trat plötzlich Generalkommissar Dr. Zimmermann im Kontrollkomitee auf und erklärte, Oesterreich habe seine Verpflichtungen nicht erfüllt und müsse dazu verhalten werden, die Kontrollfrage in einem Staatsvertrag niederzulegen. Nun weiß Herr Zimmermann selbst sehr genau, daß die Regierung Kamele nicht in der Lage ist, sich zu einem solchen Staatsvertrag die nötige Mehrheit zu verschaffen. Die Schwierigkeiten, die er da Oesterreich und seiner Regierung macht, können höchstens dazu führen, daß er in Wien eine Regierungskrise heraufbeschwört. Allerdings könnte man sich zu der Ansicht verführt fühlen, daß es sich nur um ein abgeartetes Manöver handelte, um Oesterreich noch länger unter der internationalen Kontrolle zu halten.

Sollte das der Fall gewesen sein, so unterliegt es bei der staatsfinanzialen und währungspolitischen Lage Oesterreichs keinem Zweifel, daß dabei politische Beweggründe eine Rolle spielten. Man hat Anlaß genug, an eine solche Möglichkeit zu glauben, da sich besonders der italienische und der tschechoslowakische Vertreter im Kontrollkomitee so eifrig dem Standpunkt des Generalkommissars Dr. Zimmermann angeschlossen haben. Das Kontrollkomitee hat schließlich die Frage der Rechtsabteilung des Völkerbundes zur Begutachtung übergeben. Daß es dann trotzdem zur Aufhebung der Kontrolle gekommen ist, dürfte der Locarno-Stimmung zuzuschreiben sein.

Bevorstehender Regierungswechsel in Bulgarien.

In politischen Kreisen bestätigt sich die Nachricht, die sich seit einiger Zeit allen Abseugungen zum Trost aufrecht hält, daß die Lage der Regierung Jankow gefährlich seien. Die Mitte der neuen Regierung ist bereits fast zur Gänze fertig. Es kommt eine Regierung Andrej Waptschen-Burrow-Fadenhecht. Aus dem Kabinet Jankow soll nur Kriegsminister General Volkoff übernommen werden, um den Wazedonischen Komitoe eine Konzeption zu gewähren. Dem neuen Kabinet wird auch der bekannte Sofioter Professor Danilow angehören.

Der Tod Ritcheners.

London, 22. Dez. Der erste Lord der Admirallität Bridgeman sagte in Erwiderung auf eine Anfrage im Unterhaus, die Admirallität habe keinerlei Zweifel, daß der Kreuzer Hantschire, der 1918 mit Lord Ritchener an Bord unterging, auf eine von dem deutschen Minenleger-Unterseeboot U. 75 gelegte Mine gestochen ist. Nach späteren deutschen Berichten sei dieses Boot damals tatsächlich nach den Orney-Inseln gesandt worden, um in Vorbereitung des Auslaufs der deutschen Hochseeflotte, das dann zur Schlacht von Jütland führte, Minen zu legen. Nach der Katastrophe seien in der dortigen Gegend 15 Minen, die offenbar von dem U-Boot gelegt waren, aufgefischt worden.

Einige... 74... Blatt... mens... aus in... auf einen... Die K... ten W... Selbstm... Versuch... ersten... T... genden... akten... neu... mit am... neu und... morde... un... ist ein... verzeich... sich mit... Selbstm... hat sich... unbekannt... vom... Stra... Cammin... im Schne... Schmitter... scheint... so... Leide... nur... Neutrel... Der R... und Lonn... hoch... Mittel... un... am... Dun... geschmol... ial mit... Sch... glid... wird... bahnl... Arbeits... dem W... men... D... stürzen... mehrere... Trag... dung... des... h... n... gekommen... schlos... auf... ware... fluten... 16... einer... Mann... de... tra... schen... Nach... Die Rett... die Mit... von Dall... Ein... den W... such... über... er... fl... gängen... da die... Au... „Hirwan... Es ging... Er... sen und... den, die... diese... tigen... da... Ver... lichen... ob... Schlicht... gehalt... ganz... un... blies, m... lag vor... Bel... kommen... Gottlob... in Berl... Wa... hatte, n... wirklic... Dall... so... Dattas... Da... schaft... freist... Schwieg... Pust... Werfen... Baig, d... sie einer... tung... de...